Auch der nahe persönliche Verkehr, wie er in Bonn bestand, und ohne den man nicht Schule machen kann, fehlt in Berlin nicht ganz, wiewohl er sich natürlich hier und in jetziger Zeit nicht mehr so leicht und so ungezwungen herstellen läßt wie ehemals in der rheinischen Musenstadt. Freundschaftliche persönliche Beziehungen teils wissenschaftlicher, teils rein menschlicher Art verknüpften und verknüpfen z. T. noch heute manche der Teilnehmer mit dem Leiter und untereinander und halten den ehemaligen Bonner Kreis dauernd zusammen, wie die Kirchenrechtlichen Abhandlungen, die Kanonistische Abteilung der Zeitschrift für Rechtsgeschichte und mehr als eine Einzelveröffentlichung beweisen, zu Nutz und Frommen der Wissenschaft. Es sei mir gestattet, auch an dieser Stelle zu bekennen, daß neben dem, was wir zusammen für die Wissenschaft geschaffen haben, diese persönlichen Beziehungen über die Trennung von dem rheinischen Paradies und all das Schreckliche hinaus, was seither über uns ergangen ist, für den Schreiber dieser Zeilen einen dauernden Gewinn bedeutet, den er dankbaren Herzens hütet und bewahrt.

Ulrich Stutz.

[Zum rheinischen Mischehenstreit 1834—1853.] Anlässlich der Durcharbeitung der Akten des Bonner evangelischen Universitätspredigers stieß ich 1914 auf einige Erlasse betreffend die gemischten Ehen, die um so mehr mein Interesse erregten, als ich damals für meine Schrift „Die katholische Kirche und ihr Recht in den preußischen Rheinlanden“, Bonn 1915, S. 21 ff. (auch in Joseph Hansen, Die Rheinprovinz 1815 bis 1915 II, Bonn 1917, dort S. 181 ff.) den rheinischen Mischehenstreit, wenn auch nur kurz, nach der rechtlichen Seite hin bearbeitete, und weil diese Aktenstücke bisher entweder gar nicht oder doch nur mangelhaft bekannt geworden waren. Seither sind auch von anderer Seite wieder neue Beiträge zu diesem viel behandelten, aber noch keineswegs erschöpften Gegenstande gestiftet worden. Ich erinnere an die Schrift von Heinrich Pohl, „Zur Geschichte des Mischehenrechts in Preußen“, Berlin 1920, S. 12 ff. Vor allem aber hat Heinrich Schrörs in seinem für die rheinische Kirchengeschichte überaus ertragreichen Aufsatz „Hermesianische Pfarrer“, Annalen des Historischen Vereins für den

schließt, wird ungefähr gleichzeitig mit diesem Bericht als 97. und 98. Heft meiner Kirchenrechtlichen Abhandlungen erscheinen. Außerdem vgl. Ulrich Stutz, Die Cistercienser wider Gratians Dekret, Z³ f. R. G. LIII (IX) 1919 S. 63 ff.; Derselbe, Die römischen Titelkirchen und die Verfassung der stadtrömischen Kirche unter Papst Fabian, ebenda S. 288 ff.

Wie in Bonn wurde auch in Berlin gelegentlich über nichtkirchenrechtliche Gegenstände im Seminar vorgetragen; so Ulrich Stutz, Richard Schröder, Z² f. R. G. LI 1917 S. VII ff.; Derselbe, Die Schweiz in der Deutschen Rechtsgeschichte, Sitzungsberichte der Preußischen Akademie der Wissenschaften 1920 IV S. 92 ff. (um einen Anhang erweiterter Sonderdruck, Berlin 1920).

Niederrhein CIII, 1919, S. 76 ff.¹⁾ auch die Frage der gemischten Ehen berührt (S. 136 ff.), um zu zeigen, daß die Hermesianer, insbesondere in dem von ihm in erster Linie ins Auge gefaßten Dekanate Krefeld, entgegen der allgemein verbreiteten Ansicht, in der Mischehenfrage streng kirchlich dachten und in dem Kampfe um die Mischehen trotz ihrer Abneigung gegen die Person des Erzbischofs Clemens August von Droste zu Vischering fest ihren Mann stellten. Im Anschluß an eine Eingabe des damaligen Krefelder Dechanten Gottfried Reinarz an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz Eichmann vom 29. August 1845 sowie an einen daraufhin ergangenen Bescheid vom 16. Mai 1846 und an eine weitere, aber wohl nicht abgesandte Vorstellung des Erstgenannten an die gleiche Adresse vom 28. Mai 1846 (Beilage V—VII, S. 165—170) kommt Schrörs auf einige bisher nicht veröffentlichte ministerielle und oberpräsidiale geheime Erlasse und Verfügungen zu sprechen, die schon aus dem Jahre 1837 herrührten, aber erst nach der Beilegung der Kölner Wirren durch das Übereinkommen vom 24. September 1841²⁾ zu praktischer Verwendung gelangt seien. Zur Ergänzung seiner Ausführungen und des bisher zum Kölner Kirchenstreit veröffentlichten Materials mögen die seinerzeit von mir gemachten Abschriften und Auszüge nunmehr hier mitgeteilt werden.

Ich beginne mit einem Erlaß des rheinischen Konsistoriums zu Koblenz vom 11. November 1834, worin dieses in Ausführung der zwischen der Staatsregierung und dem Episkopat über die Handhabung des Breves Pius VIII. Literis altero abhinc vom 25. März 1830³⁾ getroffenen Vereinbarung⁴⁾ an die Superintendenden zur Mitteilung an die Pfarrer, jedoch lediglich behufs Kenntnisnahme durch diese, reskribiert, in Sachen der gemischten Ehen sei am 17. August 1825 für die westlichen Pro-

¹⁾ Zu ihm ist neuerdings ein womöglich noch lehrreicherer anderer, ebenda CIV 1920 S. 1 ff. gleichfalls von Schrörs gekommen „Neue Quellen zur kölnischen Kirchengeschichte in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts (1835—1850)“, der namentlich über Anton Binterim und Johannes Theodor Laurent neue, wenn auch z. T. nicht eben erfreuliche Aufschlüsse gibt.

²⁾ Carl Mirbt, Quellen zur Geschichte des Papsttums und des Römischen Katholizismus. 3. Auflage, Tübingen 1911, Nr. 490 S. 344.

³⁾ Mirbt³ Nr. 483 S. 339 ff.

⁴⁾ (Ch. K. J. v. Bunsen) Darlegung des Verfahrens der Preussischen Regierung gegen den Erzbischof von Köln, Preussische Staatschrift, Berlin 1838, S. 14 ff. und Beilagen S. 9 ff. E—G, diese letzte Beilage, die Instruktion an die Generalvikariate auch bei Mirbt Nr. 488 S. 343 f. Darüber, daß der Erzbischof Ferdinand August Graf Spiegel zu der Konvention sich nur herbeifließ, weil er hoffte, ja die bestimmte Zusage erzielt hatte, daß die im Vordergrund seines Interesses stehende Wiederherstellung der kirchlichen Gerichtsbarkeit (mit bürgerlicher Wirkung) zu einer baldigen Lösung im kirchlichen Sinne gelangen und daß die Wiederabschaffung der Zivilehe erfolgen werde, vgl. Ludwig Kaas, Die geistliche Gerichtsbarkeit der katholischen Kirche in Preußen in Vergangenheit und Gegenwart, 2 Bände, Kirchenrechtliche Abhandlungen, herausgegeben von Ulrich Stutz, Heft 84—87, Stuttgart 1915/16 I S. 406 ff., ein Buch, dem neben anderen Verdiensten das nicht geringe gebührt, die Persönlichkeit des ersten Oberhirten der neuen Kölner Erzdiözese und seine Kirchenpolitik unserem Verständnis näher gebracht zu haben.

vinzen eine Kabinettsorder¹⁾ ergangen und nach Verhandlung mit den Bischöfen durch Verfügung des Oberpräsidiums vom 30. September 1834 „dieserhalb“ folgendes festgelegt worden:

„1. Die gemischten Ehen, welche vor einem evangelischen Pfarrer geschlossen werden, sollen, wenn kein anderes kanonisches trennendes Hinderniß der katholischen Kirche entgegensteht, als gültige und wahre Ehen gehalten werden. 2. Diesem Grundsatz gemäß sollen die katholischen Geistlichen von den Verlobten gemischter Confession keine Versprechen in Rücksicht der künftigen Erziehung der Kinder mehr verlangen und 3. ihre Einwirkung auf künftige Ehegatten soll sich vorzugsweise auf die Pastoral-Pflicht der Belehrung, Ermahnung und des gründlichen Religions-Unterrichtes beschränken. 4. Nur in dem Falle, daß angehende Eheleute in Ansehung ihrer Elternpflichten sträfliche Leichtfertigkeit beweisen möchten, soll es den katholischen Pfarrern gestattet sein, die assistentia activa (wirkliche Einsegnung) zu verweigern und sich auf die assistentia passiva (Erklärung vor Zeugen) zu beschränken. 5. Sollten die Parteien sich mit dieser assistentia passiva nicht begnügen, so werden die katholischen Pfarrer Bescheinigungen über das erfolgte Aufgebot (proclamationes) und die²⁾ der Freiheit (testimonia libertatis) und daß kein trennendes Ehehinderniß obwalte, unweigerlich ausstellen, ohne welche Scheine die evangelischen Geistlichen die Trauung nicht verrichten dürfen. 6. Endlich wird den katholischen Wöchnerinnen in gemischten Ehen die Aussegnung in keinem Falle verweigert werden.“

Dagegen wird es) den evangelischen Geistlichen zur Pflicht gemacht, „die größte Vorsicht in dieser wichtigen Angelegenheit zu beobachten, alles zu vermeiden, was etwa eine gehässige Deutung veranlassen, andere erbittern und den Frieden stören könnte, die Schritte der katholischen Geistlichkeit fern von Mißtrauen in christlicher Milde zu beurteilen und sich ebenfalls in den Schranken der Pastoral-Pflicht der Belehrung und Ermahnung und eines gründlichen Unterrichts zu halten. Auch haben die evangelischen Pfarrer von dieser Mittheilung nichts zu verlautbaren und sie lediglich als zu ihrer Kenntniß und Richtschnur gegeben zu betrachten.“ Sollte von katholischer Seite den hier mitgetheilten Richtlinien zuwidergehandelt werden, so sei ohne weitere Diskussion mit dem katholischen Geistlichen Anzeige beim Konsistorium zu erstatten.

Man sieht, die Staats- und die evangelischen Kirchenbehörden waren bestrebt, ihr Möglichstes zu tun, um im Sinne des gewiß alles andere als geschickt und ehrlich⁴⁾, wenn auch in bester Absicht und mit

¹⁾ Darlegung, Beilagen S. 3f. B, Mirbt³ S. 329 Anm. 1.

²⁾ Nämlich: Bescheinigungen; vgl. die bessere Fassung in Z. 8 der Bischöflichen Instruktion an die Generalvikariate.

³⁾ In Gemäßheit von Art. 11 der Vereinbarung mit dem Episkopat, Darlegung Beilagen S. 12.

⁴⁾ Vgl. schon das Urteil von Heinrich v. Treitschke, Deutsche Geschichte im Neunzehnten Jahrhundert IV, in der 2. Auflage, Leipzig 1889, S. 686f., auf der andern Seite Heinrich Brück, Geschichte der katholischen Kirche in Deutschland im neunzehnten Jahrhundert II, 2. Auflage, Münster i. W. 1903, S. 287ff., sowie Johannes Baptist Kißling, Geschichte des

einer Art patriarchalischer Fürsorge für das Wohl der Untertanen herbeigeführten Ausgleichs den konfessionellen Frieden zu wahren. Daß und weshalb das nicht gelang, ist hier nicht zu erörtern.¹⁾ Noch ehe der Konflikt, der wegen der Nichtinnehaltung des Abkommens mit Ferdinand Augusts Nachfolger Clemens August ausbrach, am 20. November 1837 mit des Letztern Verhaftung und Abführung auf die Festung Minden seinen Höhepunkt erreichte, und vollends ehe die ihrer Sache keineswegs sichere Regierung gemäß einer Kabinettsorder vom 28. Januar 1838 dem Gegner gegenüber einzulenken begann, indem sie nur das vorherige förmliche Versprechen der katholischen Kindererziehung abzunehmen, nicht aber bescheidene Erkundigungen über diesen Punkt verbot, auch bei Verweigerung der katholischen Trauung zwischen dem Pfarrer und dem katholischen Brauteile den Bischof endgültig entscheiden ließ²⁾, erging jene von Schrörs erwähnte Ministerialverfügung vom 13. März 1837, die Dechant Reinarz vom Oberpräsidenten erbat, und von der dieser bemerkte, sie sei „von dem Königlichen Consistorio an die unter dessen Aufsicht stehende evangelische Geistlichkeit erlassen worden“. Sie wies diese zu einer Art Selbsthilfe an, indem sie sie ermächtigte, auch ohne Losschein, d. h. ohne die Erklärung, es liege kein trennendes Ehehindernis vor, zu trauen. Im Wortlaut vermag ich das Reskript nicht mitzuteilen. Es ist aber reproduziert in einer Verfügung des Koblenzer Konsistoriums vom 18. Januar 1844, über die meine Aufzeichnungen folgendes ergeben:

Laut Verfügung des Konsistoriums vom 11. Mai 1837 (404) und vom 17. Mai 1838 (483) sollte nach einem Reskripte des Kultusministers vom 13. März 1837 das bei den Katholischen übliche Brautexamen³⁾ nicht dazu mißbraucht werden dürfen, um die Vollziehung der gemischten Ehen zu verzögern oder die verbotene Zusage der katholischen Kindererziehung zu erzielen; verweigere daher der katholische Pfarrer der Braut den Losschein wegen nicht abgelegten resp. nicht bestandenen Brautexamens, so dürften die evangelischen Pfarrer auf Grund eines von zwei volljährigen Zeugen unterzeichneten Protokolls über diese Verweigerung trauen. Durch den erwähnten Erlaß vom 18. Januar 1844 verfügt das Konsistorium, daß ebenso zu verfahren sei, wenn katholische Pfarrer durch Verweigerung der Proklamation bzw. des Dimissoriales selbst evangelische Bräute zwingen wollten, zu erscheinen und ein solches Versprechen abzugeben, oder wenn dem Bräutigam dies Versprechen abzunötigen versucht werde.

Kulturkampfes im Deutschen Reiche, 3 Bände, I, Freiburg i. Br. 1911, S. 191 ff. Siehe auch Ulrich Stutz, Kirchenrecht, 2. Auflage in v. Holtzendorff-Kohlens Enzyklopädie der Rechtswissenschaft, 7. Auflage, V, Berlin 1914, S. 359.

¹⁾ Vgl. auch den interessanten zeitgenössischen Artikel „Was ist Kirchen-Staatsrecht in der Preußischen Rhein-Provinz?“ in v. Kamptz, Jahrbücher für die Preußische Gesetzgebung LII, 1838, S. 417 ff., bes. 435 ff.

²⁾ Bernhard Hübler, Eheschließung und gemischte Ehen in Preußen nach Recht und Brauch der Katholiken, Berlin 1883, S. 59 f.

³⁾ Seine Vornahme war durch das Breve Literis altero abhinc neu eingeschärft worden; vgl. Darlegung S. 14, 16.

Diese Verfügung von 1844 lehrt uns allerdings, daß der Erlaß auch noch zur Anwendung kam, nachdem am 23./24. September 1841 die preußische Staatsregierung in Rom durch den Grafen Brühl sich damit einverstanden erklärt hatte, daß: *La manière de traiter les mariages mixtes dépendra uniquement de la décision des évêques et le Gouvernement s'abstiendra d'y intervenir.*¹⁾ Sie ergibt ferner, daß der Verzicht auf den Losschein ursprünglich bloß zur Abwehr zugelassen und gegen den Mißbrauch des Brautexamens zum Zwecke der Verzögerung oder der Erzielung des verbotenen Versprechens der katholischen Kindererziehung gerichtet war, später auch gegen Übergriffe gegenüber dem evangelischen Brautheil, was natürlich nicht ausschließt, daß er von Heißspornen auf evangelischer Seite gleichfalls mißbraucht wurde. Am 2. April 1846 schärfte übrigens das Konsistorium auf Grund eines Oberpräsidialreskripts vom 18. März 1846 die Verfügung vom 18. Januar 1844 erneut ein, hob aber gleichzeitig die frühere vom 11. Mai 1837 bzw. das Oberpräsidialreskript vom 6. April 1837 und die Konsistorialverfügung vom 17. Mai 1838 auf. Vielleicht haben Vorstellungen wie die des Dechanten Reinarz die Regierung bewegt, das Konsistorium in diesem Sinne anzuweisen, vielleicht hielt man aber auch die Maßnahme von 1837 angesichts der weitergehenden von 1844 nicht mehr für nötig.

Doch schritt die Entwicklung im Sinne der Preisgabe der 1834 vorgeschriebenen Gegenseitigkeit und der Erleichterung der protestantischen Mischehenträufung bald weiter, was sich namentlich für das linksrheinische Gebiet leicht begreift, in dem ja die Zwangszivilehe galt, so daß die darüber hinausgehenden Vorschriften lediglich kirchliche Bedeutung hatten. Am 9. Januar 1847 teilte das Koblenzer Konsistorium der ihm unterstellten Geistlichkeit folgenden Erlaß des Kultusministers Eichhorn vom 12. November 1846²⁾ mit:

„1. Da in demjenigen Theile der Rheinprovinz, in welchem das Institut der Civilehe besteht, die Verkündigung des kirchlichen Aufgebots rechtlich³⁾ von keiner Bedeutung ist, so wird die in dem Oberpräsidial-Erlaß vom 15. Februar 1832 auferlegte Bedingung, daß vor der kirchlichen Einsegnung gemischter Ehen der Nachweis des in den Pörochien beider Verlobten vollzogenen kirchlichen Aufgebotes zu liefern sei, hiermit aufgehoben und wird dem die Ehe einsegnenden Geistlichen lediglich überlassen, die Verrichtung des kirchlichen Aufgebots innerhalb seiner Kirche und nach den für ihn maßgebenden kirchlichen Vorschriften seiner geistlichen Obern zu veranlassen. 2. In denjenigen Landesheilen, in welchen das A(llgemeine) L(and) R(echt) oder das gemeine

¹⁾ Hübler S. 60, Mirbt³ Nr. 490 S. 349.

²⁾ Der Inhalt ergibt, daß der von Schrörs S. 145 erwähnte Oberpräsidialerlaß vom 24. März 1847 durchaus auf diesem Ministerialerlasse beruhte und ihn nur zur Ausführung brachte, so daß wir auch in diesem Punkte eine von Schrörs festgestellte Lücke unserer bisherigen Aktenkenntnis ausfüllen können.

³⁾ Richtiger: staatlich-rechtlich; denn für die Kirche und ihr Recht behält das kirchliche Aufgebot selbstverständlich seine Bedeutung, auch da, wo die Zivilehe gilt.

deutsche Recht gilt, behält es zwar bei dem Erforderniß des kirchlichen Aufgebots in beiden Parochien sein Bewenden; es tritt aber auch hier die Erleichterung ein, daß es zur Constatierung einer vom katholischen Pfarrer erklärten Weigerung der Proklamation der Aussage zweier Zeugen nicht bedarf, sondern daß hierzu die eidesstattliche Erklärung des katholischen Brauttheils vor dem evangelischen Pfarrer über die geschehene Anfrage und Weigerung genügt. 3. Die durch den Consistorialerlaß vom 17. Mai 1838 (Nr. 483) bekannt gemachte Bestimmung, es habe der evangelische Pfarrer bei gemischten Ehen den katholischen Brauttheil darauf aufmerksam zu machen, daß die Verweigerung des Brautexamens, welches für ihn eine kirchliche Pflicht sei, ihn mit seiner Kirche entzweie, und die Regierung es ihm hiernächst lediglich überlassen müsse, seinen Frieden mit derselben zu machen, ist zwar schon durch die Consistorial-Verfügung vom 2. April 1846 (Nr. 683) außer Kraft gesetzt worden, dieselbe wird aber auch noch hiermit ausdrücklich für aufgehoben erklärt.“

Am selben 9. Januar 1847 bestimmte außerdem das rheinische Consistorium gemäß einem auf Antrag der rheinischen Provinzialsynode ergangenen Ministerialreskript von demselben 12. November 1846 weiter, es sollten fortan alle evangelischen Verlobten, die eine gemischte Ehe eingehen wollten, die kirchliche Proklamation bei ihrem Pfarrer persönlich nachsuchen. Man wollte diesem damit offenbar die Gelegenheit sichern, im Sinne der evangelisch-kirchlichen Vorschriften auf den evangelischen Teil einzuwirken, um ihn von kirchenordnungswidrigen Zugeständnissen abzuhalten.

Das letzte mir zugänglich gewordene Aktenstück in diesem Betreff ist eine Mitteilung des Koblenzer Consistoriums vom 12. Juli 1853, wonach es durch den Evangelischen Ober-Kirchen-Rat nach Verständigung mit dem Kultusminister unterm 15. Juni 1853 ermächtigt worden war, die evangelischen Geistlichen im Gebiete des Bistums Trier von der Beachtung des Erfordernisses der Nachweisung des durch die römisch-katholischen Geistlichen bewirkten Aufgebotes von Verlobten gemischter Konfession zu entbinden. Diese Neueinschärfung des Erlasses von 1847, die zugleich für die nicht unter der Herrschaft des rheinisch-französischen Rechts und damit der Zivilehe stehenden Teile des Trierer Bistums-sprengels eine Ausdehnung war, wurde zweifelsohne veranlaßt durch den bekannten Vorstoß, den der Trierer Bischof Arnoldi am 15. März 1853 in Sachen der Mischehen auf Grund einer römischen Kongregationsentscheidung von 1852 machte.¹⁾ Sie war wiederum eine Abwehrmaßregel, ähnlich wie die oft behandelte Kabinettsorder Friedrich Wilhelms IV. vom 7. Juni 1853 betreffend gemischte Ehen, die von evangelischen Offizieren der Armee eingegangen wurden²⁾, ein Erlaß, der ursprünglich durchaus gerechtfertigt war und erst dadurch in ein schiefes

¹⁾ Hübler S. 65; Stutz. Katholische Kirche im Rheinland S. 21 (181)ff.; Pohl S. 21ff. und Mirbt³ Nr. 497 S. 348.

²⁾ Hübler S. 66; Stutz, Katholische Kirche im Rheinland S. 24 (184); Pohl S. 24ff. und Mirbt³ Nr. 498 S. 348.

Licht geriet, daß er auch unter gänzlich veränderten Verhältnissen beharrlich aufrechterhalten wurde.

Dies zur Ergänzung unserer bisherigen Kenntnis vom Verlaufe des rheinischen Mischehenstreits während und nach den Kölner Wirren. Es wäre zu wünschen, daß der Gegenstand bald einmal auf Grund nicht bloß des katholisch-kirchlichen, sondern auch des staatlichen und evangelisch-kirchlichen Aktenmaterials im Zusammenhang dargestellt würde.

Ulrich Stutz.

[Das rezipierte kanonische Recht und der Codex iuris canonici in Katalonien.¹⁾] Nach dem spanischen Zivilgesetzbuch, das seit 1889 in Kraft ist, herrscht der Grundsatz: Landrecht bricht Reichsrecht. Nirgends hat er größere Bedeutung als in Katalonien. Und zwar gilt hier neben dem eigentlich katalanischen 'Foralrecht' aushilfsweise in erster Linie das kanonische, in zweiter das römische Recht, in letzter das vorgenannte bürgerliche Gesetzbuch nebst den sogenannten allgemeinen Rechtsgrundsätzen.

Der tatsächliche Gebrauch des kanonischen Rechtes hatte seine gesetzliche Bestätigung bereits durch König Philipp III. erfahren, der auf den Cortes von Barcelona 1599 verordnete: „daß die Doktoren des Königlichen Rates die vor das Königliche Landgericht [zu Barcelona] gebrachten Sachen zu entscheiden . . . haben gemäß . . . den . . . Rechten dieses Fürstentums [Katalonien] . . . und in den Fällen, wo besagte . . . Rechte fehlen, . . . gemäß dem kanonischen Recht“. Diese Verordnung blieb ungeachtet der berühmten, in die katalanische Selbständigkeit tief einschneidenden Justizreform Philipps V. von 1716 auch späterhin wirksam bis auf die neueste Zeit. Mit dem Erlaß des Codex iuris canonici ist nun naturgemäß die Frage seiner besonderen Bedeutung für den Rechtszustand Kataloniens aufgetaucht. Die Landesvertretung hat dazu Stellung genommen durch folgende

Declaració

Tot i continuant el Dret canònic essent el primer supletori del català, la vigència del Codex Iuris canonici Pii X Pontificis Maximi iussu digestus, Benedicti Papae XV auctoritate promulgatus no altera el règim jurídic de Catalunya, i els seus textos no poden ésser invocats com a supletoris dels catalans.²⁾

Denn, wie die amtliche Begründung hierzu näher ausführt, beruht die zivilrechtliche Geltung des kanonischen Rechtes in Katalonien

¹⁾ Mancomunitat de Catalunya. Declaració relativa al règim jurídic de Catalunya. Acords de l'assemblea del mes de maig de 1918. Barcelona 1918. 32 S. 8°. (Landsgemeinschaft von Katalonien. Erklärung zur Rechtslage Kataloniens. Beschlüsse der Mai-Versammlung von 1918.)

²⁾ Erklärung: Unbeschadet der Weitergeltung des kanonischen Rechtes als des ersten Ergänzungsrechtes zum katalanischen, ändert das Inkrafttreten des Codex Iuris canonici . . . nicht die Rechtslage Kataloniens, und eine Berufung auf seine Texte als auf Ergänzungstexte der katalanischen kann nicht erfolgen.